



Newsletter SPD-Fraktion im Kreistag

Nr. 16 - Februar 2014

Flüchtlingsunterkünfte im Kreis gesucht..... SPD-KREISTAGSFRAKTION HOFFT AUF BREITES BÜNDNIS

Auf fünfundzwanzig Jahre Erfahrung im Betrieb von Flüchtlingsunterkünften kann die Christliche Flüchtlingshilfe Egelsbach/Erzhausen gGmbH zurückblicken . Zur Zeit betreibt sie eine Einrichtung mit 33 Personen in Egelsbach und stellt auch die Betreuung der Flüchtlinge sicher.

Was liegt also näher, sich von den Praktikern vor Ort beraten zu lassen, wie der Kreis die für das Jahr 2014 angekündigten, ca. 750 Flüchtlinge menschenwürdig und effektiv unterbringen und betreuen kann.

Das war das Interesse der Arbeitskreise Soziale und Integration der SPD-Kreistagsfraktion, die das Gespräch mit den Verantwortlichen der Flüchtlingshilfe Egelsbach/Erzhausen suchten. Der SPD-Landtagsabgeordnete Corrado Di Benedetto nahm an dem Gespräch ebenfalls teil.

Es ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft und man muss alle einbinden, die sich engagieren wollen, so das Fazit. Politik, Kirchen , Wohlfahrtsverbände und ehrenamtliche Initiativen vor Ort müssen an einem Strang ziehen und alle vorhandenen Ressourcen nutzen. Die Lösung von der Stange gibt es nicht.

Das Ziel ist eindeutig: Für die Flüchtlinge muss eine "ruhige" Situation geschaffen

werden und ihre Begleitung beim "Ankommen" muss organisiert werden. Die Flüchtlinge seine anfangs hoch motiviert, die Sprache zu erlernen und einer Arbeit nachzugehen, berichteten die Sozialarbeiterinnen der Flüchtlingshilfe und je mehr ihre Wohnsituation einer "normalen" Situation entspreche, um so geringer seien die Konflikte , die entstünden.

Innerhalb der Flüchtlingsunterkünfte müsse darauf geachtet werden, dass die einzelnen Wohneinheiten eine sozialverträgliche Größe erhalten. Wohneinheiten mit zwanzig und mehr Personen seien eindeutig zu groß.

Wenn Trägerschaft und Betreuung in einer Hand seien, würden ebenfalls viele Konflikte vermieden, die sich zwangsläufig bei unterschiedlichen Interessenlagen ergäben.



im Gespräch v.l.n.r.: Thomas Przibilla (Vorsitzender AK Integration), Yvonne Tesch-Klühspies, Stefan Buckendahl und Johannes Stork (Geschäftsführer der gGmbH), MdL Corrado Di Benedetto, Norbert Frerichmann (Ansprechpartner für die Christliche Flüchtlingshilfe - Tel: 06103-946090)

Die Vertreter der Christlichen Flüchtlingshilfe, die als gemeinnützige GmbH organisiert ist, boten ihre Hilfe an, weitere Flüchtlinge aufzunehmen und auch andere Initiativen im Kreis zu



unterstützen. Sie wollen allerdings nicht nur informell, sondern auch ganz konkret in Planungen eingebunden werden.

Die große Anzahl der Flüchtlingen, die für das Jahr 2014 und darüber hinaus angekündigt worden sind, stellt die Politik im Kreis vor große Aufgaben, die zum Teil nur mit schnellen Entscheidungen entschärft werden können.

„Die Hilfe aller, die an einer humanen lokalen Flüchtlingspolitik interessiert sind, ist jetzt gefordert. Die SPD-Kreistagsfraktion hofft auf diese Unterstützung,“ so die beiden Arbeitskreisvorsitzenden Thomas Przibilla und Günter Lachmund, „und will das ihre dazu beitragen, den Menschen, die hier Schutz und Hilfe suchen, einen neuen Start ins Leben zu ermöglichen.“ ○



So kann Integration gelingen.

Beispiel: Dietzenbach

Integration unterschiedlicher Kulturen in einer Stadt ist keine Sache der Behörden. Auch der beste Integrationskurs oder die intensivste Vermittlung der deutschen Sprache nutzen nichts, wenn es in der Stadtgesellschaft nicht die Bereitschaft gibt, trotz unterschiedlicher kultureller Wurzeln das Zusammenleben zu gestalten und auf einander zuzugehen. Im Kreis Offenbach gibt es dazu viele Ansätze. Eine der herausragenden

Beispiele liefert dafür der Verein Zusammenleben der Kulturen in Dietzenbach.

Daher suchten die Mitglieder des Arbeitskreises Integration der SPD-Kreistagsfraktion das Gespräch mit den Verantwortlichen des Vereins. Cendiz Hendek, der 2. Vorsitzende des Vereins, Wolfgang Altenburg, der Kassierer und Helga Giordano, die Vorsitzende des Dietzenbacher Ausländerberates, gaben einen Überblick über die letzten Jahre.

Der relativ kleine Verein mit 123 Mitgliedern (1 Familie = 1 Mitglied) organisiert mit einem Jahresetat von 30.000 € die unterschiedlichsten Projekte: Hausaufgabenhilfe, Mitternachtssport, Fahrradkurse für Migrantinnen, Internationaler Chor, Internationales Frauenfrühstück u.v.a.m. Zusammenarbeit mit anderen Organisationen wird dabei großgeschrieben.

Ein Besuch auf der Homepage des Vereins gibt einen guten Überblick über die breitgefächerten Aktivitäten.

Aktuelle Themen wurden auch angesprochen:

1. Auch wenn Pauschalisierungen vermieden werden sollten, die Integration der Marokkaner gelingt nur relativ schwer. Die Mitglieder dieser Volksgruppe sind nominell hauptsächlich "Deutsche", aber schwer zu erreichen, weil sie kaum über eigene Strukturen innerhalb der Zivilgesellschaft verfügen.

2. Eine große Aufgabe wird die Versorgung der steigenden Anzahl von Seniorinnen und Senioren sein, denn auch bei den aus den islamischen Ländern Kommenden wird das Mehrgenerationenkonzept der Familien auf Dauer nicht mehr tragen, so die Befürchtung der Dietzenbacher Kenner.



3. Der Zuzug aus osteuropäischen Ländern ist in vollem Gange. In Dietzenbach leben geschätzt 900 - 1000 Menschen aus Bulgarien. Die Folge ist eine Verknappung von Wohnraum und steigende Mieten. Es besteht die Gefahr, dass wieder soziale Brennpunkte entstehen. ○



Kreis bereitet Bioabfall- beseitigung vor.

Konzept und Entsorgungsweg bis zum Sommer

Im Kreisausschuss und im Kreistag werden derzeit intensive Vorbereitungen für die Einführung der Bioabfallsammlung getroffen. Mit Änderung des Kreislaufwirtschaftsgesetz im Jahr 2012 wird nun flächendeckend zum Jahr 2015 die Biotonne eingeführt. „Bioabfälle im Sinne des Gesetzes sind biologisch abbaubare pflanzliche, tierische oder aus Pilzmaterialien bestehende Garten- und Parkabfälle, Landschaftspflegeabfälle, Nahrungs- und Küchenabfälle aus Haushaltungen, aus dem Gaststätten- und Cateringgewerbe, aus dem Einzelhandel und vergleichbare Abfälle aus Nahrungsmittelverarbeitungsbetrieben.

Das Potential der Bioabfallmengen liegt derzeit bei 40 bis 70 Kilogramm pro Einwohner und Jahr – je nachdem wie intensiv die zentrale Einsammlung betrieben wird“, erläutert Kreistagsabgeordneter Kai Gerfelder (Mainhauen) den Umfang der anfallenden Mengen. Dabei stehen sowohl im Kreis als auch in den Kommunen erhebliche Änderungen

der Regularien ins Haus.

Während die Städte und Gemeinden für die Einsammlung der anfallenden Bioabfälle zuständig sind, muss der Kreis eine entsprechende Organisation der Entsorgung herbeiführen. „Vom Kreisausschuss wurde in Zusammenarbeit mit einem Rechtsanwaltsbüro ein Interessensbekundungsverfahren eingeleitet, um einen entsprechenden Partner für die Entsorgung zu finden. Im Rahmen einer Ausschreibung wird anschließend über die zukünftige Zusammenarbeit entschieden. Kern des Interessensbekundungsverfahrens ist die Vorgabe, im Umkreis von 7,5 Kilometern zur Kreisgrenze einen Umschlagsplatz für die Kreisabfälle zu schaffen, von dem die angelieferten Biowertstoffe abtransportiert

werden. Bis zu diesem Umschlagsplatz sind die Städte und Gemeinden für den Transport - meist in den herkömmlichen Müllfahrzeugen - zuständig. Von dort wird der Weitertransport durch größere Fahrzeuge übernommen“, so Kai Gerfelder.



Kai Gerfelder

Bis zur Sommerpause sollen die Entscheidungen gefallen sein. Unklar ist derzeit, wo die Verwertung der Bioabfälle erfolgen wird. Derzeit sind im Rhein-Main-Gebiet nicht ausreichend Verwertungsstellen - etwa in Form von Biogasanlagen - vorhanden. Die Entscheidung über die endgültige Verwertung obliegt allerdings ohnehin dem privatwirtschaftlichen Partner und kann vom Kreis nur in sehr geringem Umfang beeinflusst werden. ○



Aufarbeitung der Ära Walter noch nicht abgeschlossen

Die Positionen im Kreis sind klar. Der Kreis wird jeden Schaden, der durch die einsamen Entscheidungen des ehemaligen Landrates Peter Walter entstanden ist, einfordern. Die Verfahren dazu sind aber langwierig und erfordern umfassenden rechtlichen Sachverstand und Beratung.

Die Oppositionsfraktionen im Kreistag nutzen jeden der notwendigen Schritte, um im Kreistag immer wieder die Debatte zu führen. Es geht dabei allerdings nicht mehr um die Sache, denn die ist mit breiter Mehrheit entschieden.

Die Kreisspitze informiert regelmäßig und umfassend, das allerdings nicht öffentlich, weil sich rechtliche Auseinandersetzungen nicht über die Presse führen lassen.

Aktuell stehen an: 78.000 € Rechtsanwaltskosten im Zusammenhang mit dem Verkauf des Flugplatzes Egelsbach, deren Übernahme Peter Walter der Gemeinde Egelsbach angeblich zugesagt hatte und ca. 3,3 Millionen € Baukosten für die Strotthoff International School in Dreieich. Auch da soll es Zusagen gegeben haben, die durch Beschlüsse der Kreisgremien nicht gedeckt waren.

Anzahl der Förderschüler schrumpft

Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler an den Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen ist in den letzten Jahren rapide gesunken. Besuchten im Schuljahr 2002/2003 noch 762 Kinder diese Schulformen, waren es

zum Schuljahresbeginn 2012/2013 nur noch 484 - ein Rückgang um 36,5%.



Da der Kreis als Modellregion für die Inklusion (= Beschulung von Förderschüler in "normalen" Grundschulen) ausgewählt wurde, werden die Schülerzahlen noch weiter zurückgehen. Schon heute konnten an den bestehenden fünf Förderschulen nicht mehr alle Klassen gebildet werden.

Das erzwang Entscheidungen.

Mit breiter Mehrheit hat der Kreistag daher die Schließung der beiden kleinsten Förderschulen in Neu-Isenburg und Rödermark beschlossen. Drei zentrale Schulen für Förderschüler mit dem Schwerpunkt Lernen stehen nun in Dreieich, Dietzenbach und Seligenstadt zur Verfügung.

Der nächste Newsletter erscheint am 28.3.2014.



**Leserbriefe an:
SPD@kreis-offenbach.de**